



**Solidarität hilft siegen!**

# ROTE HILFE

Sonderdruck

50 Pfg

Kommunistischer Arbeiter von Polizisten erschlagen:

## Bestrafung der Mörder!



Am 24. Juni 1974 gaben mehr als 2000 Menschen dem Genossen Günther Routhier das letzte Geleit (Bild oben), obwohl die Weyer-Polizei - wie 1942 die Hitlerfaschisten an gleicher Stelle - den Trauerzug angegriffen, Kränze zerstört und wahllos Trauergäste festgenommen hatte (Bild unten). Günther Routhier war als klassenbewußter Arbeiter und Kommunist im Zuhörerraum des Duisburger Arbeitsgerichts von der Polizei überfallen worden als er sich über die Verurteilung eines Mannesmann-Kollegen empört hatte. An den Folgen der Polizistenschläge ist Günther Routhier gestorben. Seitdem versucht die Polizei mit einer Brutalität und in einem Ausmaß wie nie zuvor, jede Information über diesen Polizeimord zu verhindern. Die Rote Hilfe hat trotzdem die Wahrheit in Duisburg verbreitet und kämpft Seite an Seite mit anderen Menschen und Organisationen für die Bestrafung der Mörder.



## Rote Helfer berichten aus Duisburg:

In Duisburg hat mittlerweile jeder Kollege vom Mord am Genossen Günther Routhier gehört. In Duisburg ist die Empörung, aber auch der Terror der Polizei und dementsprechend die Einschüchterung der Bevölkerung am größten. Empörung allein nutzt nichts, wenn sie ohnmächtig bleibt. Unsere Aufgabe ist es deshalb, zu zeigen, was "man machen kann", die Klassensolidarität gegen den Arbeitermord zu organisieren. Denn "den Macht- und Gewaltmitteln der Bourgeoisie kann der einzelne nicht erfolgreich entgegentreten. Solidarität ist eine scharfe Waffe der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen Entrechtung und Terror." (Aus dem Programm der Roten Hilfe)

Unsere Kampflosungen lauten: Bestrafung der Mörder von Günther Routhier! Schluss mit dem Polizeiterror - Entwaffnung der Polizei! Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Dafür kämpfen wir, denn wir wissen: Die bürgerliche Klassenjustiz hat kein Interesse daran, die Mörder Günther Routhiers zu bestrafen. Wenn wir es nicht verhindern, wird sie im Gegenteil alles tun, um die Umstände des Todes unseres Genossen Routhier zu vertuschen. Aber der von der Roten Hilfe unterstützte Untersuchungsausschuß wird diese Machenschaften durchkreuzen.

Wir wissen, daß der Staatsapparat des Monopolkapitals nie aufhören wird mit seinen Versuchen, die politische Betätigung der Kommunisten und anderen fortschrittlichen Menschen einzuschränken. Daß die Arbeiterklasse immer nur soviel Rede- und Versammlungsfreiheit hat wie sie dem Staatsapparat abtrötzt. Deswegen ist es unser Ziel, die Kollegen, die ihrer Empörung über den Mord und die Polizeieinsätze gegen Trauergäste, Flugblattverteiler, Zeitungsverkäufer, Demonstranten Luft machen, zum Mitmachen zu bewegen. "Empörung allein nutzt nichts, Kollege! Zusammen aber sind wir nicht ohnmächtig. Je mehr wir sind, desto schwerer sind wir zu unterdrücken! Verteil mit uns Flugblätter, mach mit bei der Haysagitation. Sprich mit Deinen Nachbarn und Arbeitskollegen! Komm zu den Sitzungen des Untersuchungsausschusses. Tritt ein in die Rote Hilfe!" Das sind unsere Argumente und Vorschläge für die, die unter dem Eindruck der massiven Einschüchterung noch glauben, man könne nichts machen.

Wir wissen: Erst dann, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat, wird es wirklich freie politische Betätigung

# GEGEN POLIZEITERROR -

## Die Polizei—unser Beschützer vor Gewaltverbrechern?

Millionen von Arbeitergroschen werden monatlich für die Ausbildung und Ausrüstung der Polizei ausgegeben. In Zeitungen und Illustrierten kann jedermann die reißerisch aufgemachten Berichte über die James Bonds in den Mobilien Einsatzkommandos sehen - ausgerüstet mit Schnellfeuerwaffen, kugelsicheren Kampfanzügen, Nachtfernrohren, ausgebildet im Abfeuern gezielter Todeschüsse, im Aufspüren und in der Verfolgung von "Straftätern". Die Politiker aller bürgerlichen Parteien prahlen mit der Schlagkraft der Polizei, feiern ihre Ausrüstung als Erfolg in der Bekämpfung von Gewaltverbrechern zum Schutze aller.

Vor mehreren Wochen konnten die Hamburger Arbeiter und Werktätigen an ihren Fernsehschirmen ein Beispiel "wirksamer Verbrechensbekämpfung" mit eigenen Augen verfolgen: Aus 2 m Entfernung wurde ein Bankräuber durch einen Kopfschuß aus einer Polizeipistole getötet, eine Geisel schwer verletzt.

# KLASSENSOLIDARITÄT!

sondern der Wunsch des Volkes nach Befriedigung seiner Bedürfnisse. Die Kapitalisten müssen ihre Ausbeuterherrschaft bis an die Zähne bewaffnet verteidigen. Sie bedienen sich dabei des Staatsapparates mit all seinen Unterdrückungsinstrumenten. Die Affaire um den DDR-Agenten Guillaume, den Abgeordneten Steiner oder den Steglitzer Profittkreisel zerran die ganze Verfilzung von Arbeitgeberverbänden, Aufsichtsräten, Gewerkschaftsführern, Regierung und Parteipolitikern ans Tageslicht. Mit Mauscheleien, Bestechungen, Erpressungen lenken die Kapitalisten Regierung und Ministerien. In ihrem Auftrag marschiert die Polizei mit gezückter Pistole gegen die streikenden Ford-Arbeiter, gegen Kreuzberger Väter und Mütter, die für eine Kinderpoliklinik in das leerstehende Bethanien-Krankenhaus kämpfen, gegen die Nordhorner Bürger, die sich gegen den NATO-Truppenübungsplatz wehren. In ihrem Auftrag hat die SPD-Regierung systematisch die Polizei aufgerüstet, um den Kampf für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung niederzuhalten.

Deshalb kämpft die Rote Hilfe an der Seite der Kommunisten und Antimperialisten und aller, die das Joch der kapitalistischen Knechtung abschütteln wollen, für den Sozialismus. Denn wir wissen, daß der Unterdrückung des Volkes erst dann ein Ende bereitet wird, wenn die Kapitalisten entmachtet sind und die Arbeiterklasse und das Volk die Staatsmacht ausüben. Unter der Kampfeslosung ENTWAFFNUNG DER POLIZEI! treten wir jedem Anschlag des Polizeiapparats entgegen. Aus der Geschichte des deutschen Volkes im Kampf gegen den Hitlerfaschismus wissen wir, daß wir dem

Die öffentliche Hinrichtung löste unter der Hamburger Bevölkerung Erschrecken und Empörung aus. Niemand wird den Hamburgern nachsagen können, daß sie die Überwältigung von Bankangestellten zur eigenen Bereicherung billigt. Doch die Erschießung stieß auf Abscheu - es war zu deutlich, daß sie mit Verbrechensbekämpfung nichts mehr zu tun hatte, sondern ein Akt blanken Terrors war.

Die Ursache dieses Terrors sind nicht die schwachen Nerven einzelner Polizisten, sondern die systematische Hetze in den Polizeikasernen gegen alles, was sich der Polizei widersetzt, der Drill bis zur Vernichtung menschlichen Lebens, die systematische Abtötung jeglicher Solidarität mit den Opfern. Schikanen bei Verkehrskontrollen, Mißhandlungen auf den Polizeiwachen oder gar Schüsse auf Bürger, die sich polizeilichen Kontrollen entziehen, in die Hosentasche greifen oder sich wie auch immer "verdächtig machen", stehen heute auf der Tagesordnung. Die Leichen der Menschen, die von Kugeln aus Gewehren der Polizei getroffen wurden - Georg von Rauch, Thomas Weißbecker, Ian McLoyd, Erich Dobhardt, Günther Jendrian, Günther Routhier und viele andere - sind der blutige

Beweis dafür, daß die Aufrüstung der Polizei nur unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung vorangetrieben wird, in Wahrheit aber den Aufbau einer Bürgerkriegsarmee gegen das Volk bedeutet!

## Die Polizei—Freund und Helfer der Ausbeuter!

Die Polizei und ihre militärische Ausrüstung dienen nicht dem Schutz der Bevölkerung vor den Anschlägen von "Terroristen", sondern den Flick, Thyssen, Krupp und Mannesmann, den Herren der westdeutschen Monopole zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterherrschaft.

Diese Herren wissen genau: Könnte die Mehrheit der Bevölkerung bestimmen, dann säßen sie nicht mehr in ihren Traumvillen, umgeben von unbeschreiblichem Luxus, während die Arbeiter sich immer weniger für ihren Lohn kaufen können und um ihre Existenzgrundlage, den Arbeitsplatz bangen müssen. Dann regierte in den Fabriken nicht die unersättliche Profitgier der Imperialisten,

Terror der Polizei unter der Herrschaft der Ausbeuter kein Ende bereiten können. Im Gegenteil: Je mehr die herrschende Klasse sich bedroht sieht, desto blindwütiger schlägt sie um sich. Nur der bewaffnete Kampf des Volkes selbst wird diesem Terror ein Ende bereiten.

## Polizeiterror—Zeichen der Ohnmacht der Bourgeoisie!

Entsetzt ziehen heute viele Kollegen, die schon unter dem Hitlerfaschismus geknechtet wurden, Parallelen zu den Überfällen von SS und SA, wenn sie Polizeieinsätze mitansehen. In der Tat bedient sich die herrschende Klasse zusehends der Methoden von SS und SA. Einen Trauerzug zu überfallen wie beim Begräbnis des Genossen Routhier in Duisburg - das haben vor der SPD-Polizei nur die Faschisten fertiggebracht: an gleicher Stelle 1942!

Demonstrationen werden verboten und damit der Vorwand geschaffen, diejenigen, die sich dadurch nicht einschüchtern lassen, zusammenzuschlagen und als "Feinde der Demokratie" von Presse, Polizei und Klassenjustiz verleumdet zu verfolgen. Statt der wirklichen Volksfeinde in den Innenministerien, Polizeipräsidenten und in den Aufsichtsräten werden die verfolgten, geschlagenen und verletzten Demonstranten und Kämpfer vor Gericht gezerrt und verurteilt. Flugblätter, die diesen Terror verurteilen, werden beschlagnahmt.

Unmißverständlich hat die Schmidt-Genschere-Regierung in ihrer Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht, daß sie unter dem Stich-

wort "Kontinuität" die Tradition der Brandt-Regierung in der Unterdrückung des Volkes nicht nur fortsetzen, sondern verschärfen will. "Wir sind entschlossen, die Freiheit und die sie schützende gesetzliche Ordnung zu wahren und zu verteidigen. Justiz, Polizei und die anderen Organe der inneren Sicherheit können bei der rechtsstaatlichen Erfüllung ihrer Aufgaben der festen Unterstützung der Bundesregierung gewiß sein." (Regierungserklärung).

Wenn die herrschende Klasse mit Gewalt gegen das Volk vorgehen muß, dann zeigt das nur, daß sie immer mehr an erschwundendem Vertrauen verliert und die Zahl ihrer Gegner wächst. Der Streik der Metaller, der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, die gewerkschaftsoppositionelle Bewegung, Kampfkomitees und Bürgerinitiativen treiben der Bourgeoisie den Schweiß auf die Stirn, denn sie muß feststellen: Immer weniger gelinkt es ihr, die Arbeiter und Werktätigen mithilfe der Versprechungen der bürgerlichen Parteien und der Abwiegelei der Gewerkschaftsbonzen und der Verräter unter & den SPD- und DKP-Betriebsräten vom Kampf für die Durchsetzung ihrer Interessen abzuhalten. Dem weiß sich die Bourgeoisie nur noch mit ihrem Unterdrückungsapparat zu wehren. Mit ihren Knüttelgardien verfolgt sie insbesondere die Kommunisten, die an vorderster Front für die Durchsetzung der Interessen des Volkes kämpfen, die ganze Volksfeindlichkeit des kapitalistischen Systems aufdecken und den Weg zum Sozialismus der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung weisen. Mit der ganzen Brutalität des staatlichen Unterdrückungsapparates soll verhindert werden, daß die Ideen der Kommunisten, ihr vorbildlicher Kampf, das

# Polizist erschöß Flüchtenden — Sechs Monate Haft

Von Christa Kober

wurde weiter im Dienst

## Oberkommissar Rolf Diehl bleibt auf Rechkraft des Urteils

Auf unbestimmte Zeit k... oberkommissar Rolf Diehl... aufsehenerregenden Veru... gen fahrlässiger Tötung v... Dienst im Schutzbereich C... Wie die Polizeidirektion d... RUNDSCHAU r... HEN erst die R... sie i... Zu 6 Monaten Gefängnis auf Bewährung und 2000 DM Geldbuße verurteilte die 11. Strafkammer des Landgerichts Dortmund am 1. Juli den Polizeioberkommissar Diehl, der im August letzten Jahres den 17-jährigen Lehrling Erich Dobhardt hinterrücks erschossen hatte.

2 Tage lang hatte die Polizei den Jungen sogar mit Hubschraubern gejagt, nur weil er auf der Flucht vor einem geschlossenen Jugendheim, das in ganz NRW berüchtigt ist, ein Radio gestohlen haben sollte. Das Jemandam wollte ihn in dieses Heim bringen lassen, weil er sich die Freundschaft zu einem Mädchen nicht verbieten ließ.

Das Gericht schloß aus dieser Vorgeschichte, es habe sich bei Erich Dobhardt wohl mehr um einen "Lausejungen" als um einen Verbrecher gehandelt und deshalb habe Diehl die "Grenzen des Jagdfiebers", das "schon zum Polizisten gehört", erkennen müssen. Obwohl Diehl in allen Einzelheiten schilderte, wie er stehengeblieben war, beim Zielen die zweite Hand als Stütze gebraucht und dann abgedrückt hatte, obwohl Experten die Treffsicherheit der Waffe mit 5 % bezifferten, stand für das Gericht fest, daß Diehl den Tod des Jungen nicht in Kauf genommen hatte - dann hätte es nämlich wegen Mordes verurteilen müssen.

Mit der Verurteilung wegen "fahrlässiger Tötung" erfüllte das Gericht seinen Klassenauftrag: ein Urteil, das die Bevölkerung beruhigen soll, aber keins, das dazu angeht, Polizisten vom hemmungslosen Schußwaffengebrauch abzuhalten.

### EIN "SENSATIONELLES" URTEIL ?

Damit die Empörung in der Bevölkerung sich legt, spricht die bürgerliche Presse aufgeregt von einem "sensationellen Urteil". Die läppische Verurteilung soll als "gerechte Strafe" angesehen werden. Was diese Presse schreiben würde, wenn statt eines Arbeiterjungen ein Polizist erschossen worden wäre, wissen wir!

Abgebrüht durch hunderte und tausende ungesühnter Polizeiübergriffe in den letzten Jahren, die von Staatsanwaltschaft und Klassenjustiz nach bestem Können gedeckt wurden, geben sich die bürgerlichen Blätter verblüfft, daß zum erstenmal nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg ein Polizist wegen eines Todesschusses im Dienst verurteilt wurde.

Sieht man sich die lange Liste der Toten an, die auf das Konto der Polizei kommen - in letzter Zeit ist fast jede Woche jemand von der Polizei erschossen worden - so scheint es schon erstaunlich, daß es zu einem Urteil gegen einen Polizisten gekommen ist. Aber nicht die Klassenjustiz hat sich besonnen! "Mit Demonstrationen antwortete die Bevölkerung letztes Jahr erregt auf die Tat des Beamten. Ein Staats-

stizten Janres packte den Beamten das „Jagdfieber, dessen Grenzen er schuldhaft nicht erkannte“, so das Gericht in der Urteilsbegründung. Er sei einer „obfahrenden Landge-

eingesetzt wurden, stellte Rolf Diehl nach Ende der offiziellen Fahndung den Jungen, der sich mit Einbrüchen in Kleingärten überhitzelt. Die

schossen hatte. Ein Gutachten wehr bestärkt-

## Polizist, der Erich Dobhardt erschöß, zu sechs Monaten mit Bewährung verurteilt

WA 2 2.7.74

Zu sechs Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilte gestern die 11. Strafkammer des Landgerichts den Polizeioberkommissar Rolf Diehl, der am 21. August 1973 den entwickelten 17-jährigen Fürsorgezögling Erich Dobhardt erschossen hatte.



ERICH DOBHARDT

anwält hatte nämlich erklärt, der Beamte sei durch die Vorschriften des Gesetzes zum unmittelbaren Zwang voll gedeckt." (Westf. Rundschau v. 2. 7.) Das ist die wahre Ursache dafür, daß das Gericht Diehl verurteilen mußte! Es ist gelungen, fast ein Jahr lang die Empörung und Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wachzuhalten.

Dies ist nicht zuletzt ein Erfolg der Dortmunder Ortsgruppe der Roten Hilfe. Als einen Tag nach dem Tod des Jungen die Staatsanwaltschaft wie üblich verkündete, Diehl habe sich korrekt verhalten, beriefen wir sofort eine Pressekonferenz ein und kündigten an, daß wir den Vater dabei unterstützen wollten, die Bestrafung des Polizisten durchzusetzen. Nachdem alle Versuche der Kriminalpolizei, Spuren zu vertuschen und den Vater von einer Anzeige abzuhalten, durch unser entschlossenes Auftreten fehlgeschlagen waren, mußten die Ermittlungen zwangsläufig fortgesetzt werden. Im Februar gründeten wir mit Unterstützung der Bevölkerung das Erich-Dobhardt-Komitee. Das Komitee hatte viel Erfolg beim Sammeln von Unterschriften für die Forderungen: "Sofortige Suspendierung Diehls vom Dienst! Bestrafung des POK Diehl! Schluß mit dem Schußwaffengebrauch durch die Polizei!". Die Broschüre des Komitees fand viel Beachtung und war schnell verkauft.

Als die Polizeiführung sah, daß ihre Erwartung, daß der Protest sich mit der Zeit "legen" würde, falsch war, begann sie mit massiver Behinderung der Komitee-Arbeit: Sie versuchte, aus "verkehrstechnischen Gründen" eine Kundgebung zu verbieten. Das Ordnungsamt verbot unsere Fotoausstellung vor dem Landgericht, weil sie den "Betrach-

## Zum erstenmal erzwungen: Polizeimörder verurteilt

ter radikalisieren" könne. Schließlich wurde im Prozeß selbst die Öffentlichkeit dadurch vollkommen ausgeschlossen, daß eine Polizeischule sämtliche Zuhörerplätze besetzte. Die Bevölkerung wurde ausgesperrt.

Ohne von der Klassenjustiz eine gebührende Bestrafung Diehls zu erwarten, kam es für uns darauf an, den Prozeß zum Tribunal gegen den Polizeiterror zu machen. So haben wir bei der Mobilisierung immer wieder die Zusammenhänge zu anderen Bürgerkriegseinsätzen der Polizei wie in Frankfurt oder Duisburg klargemacht. Diese Mobilisierung und die erzwungene Bestrafung Diehls sind aber nur ein Teilerfolg.

Unser Kampf ist nicht nur deshalb noch nicht zu Ende, weil die Verteidigung Revision eingelegt hat, sondern vor allem, weil sich der Dortmunder Polizeipräsident Riwtzki weigert, Diehl vom Dienst zu suspendieren. Als Einsatzleiter des Dortmunder Schutzbereichs Ost kann Diehl also weiter auf Menschenjagd gehen. Das nehmen wir nicht hin! Erst im Sozialismus wird den Diehls, Riwtzkis und Weyers das Handwerk endgültig gelegt sein. Diese Menschenfeinde gehen niemals von selbst. Für unseren Kampf heute bedeutet das: Diehl muß aus den Stadtteilen seines Schutzbereichs vertrieben werden!

WIR LASSEN NICHT NACH: DIE VERANTWORTLICHEN WERDEN ZUR RECHENSCHAFT GEZOGEN !

DIEHL RAUS AUS DEM SCHUTZBEREICH OST - SOFORTIGE SUSPENDIERUNG VOM DIENST!



Die Öffentlichkeit wurde im Gerichtssaal ausgeschlossen. Stattdessen nahmen Polizeischüler im Zuhörerraum platz.

ganze Volk ergreifen.

Die Wasserwerfer, das Tränengas, wahllos in die Menge gespritzt, die ganzen Bürgerkriegsmanöver dienen der Einschüchterung und Abschreckung des ganzen Volkes.

Was kann der kleine Mann schon gegen die bis an die Zähne bewaffnete herrschende Klasse ausrichten - diese Frage stellen uns viele Kollegen, die mit ansehen, wie die Polizei zuschlägt. Wir antworten: Kämpft mit uns für die endgültige Ausrottung von Ausbeutung und Unterdrückung! Organisiert mit uns die Solidarität mit den Verfolgten! Stellt Euch an ihre Seite, verhindert, daß die Bourgeoisie mit ihrem Terror einzelne aus der Kampffront herausbricht und mit Einschüchterung und Abschreckung einen Keil in die Reihen des Volkes treibt!

Die herrschende Klasse verfügt über einen mächtigen Gewaltapparat. Aber sie kann nur Freunde verlieren und Haß und Feindschaft ernten. Ihre Waffen mögen zwar einzelne verletzen, sie vermögen aber nicht ihre Herrschaft zu stärken, wenn sie auf die Solidaritätsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten treffen. Wie unsere Väter am Blutmai in Berlin oder gegen die Überfälle von SA und SS, so müssen wir das Recht auf die Straße, das Streikrecht, das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit verteidigen.

Unterstützt die Verfolgten mit Geldspenden für ihre Prozesse, helft den Angehörigen der Ermordeten, damit sie nicht von dem Terror, den sie erfahren mußten, zermürbt werden. Helft den Verletzten, damit sie das nächste Mal, wenn die Polizei zuschlägt, wieder kämpfen können. Kommt zu unseren Tribunalen, berichtet vom Polizeiterror, damit die Lüge von dem Freund und Helfer wie eine Seifenblase in der Öffentlichkeit zerplatzt. Verurteilt die Hintermänner

#### Der Bundestag soll das Morden legalisieren!

"Da riskiert man bei der derzeitigen unsicheren Rechtslage, daß ein Beamter sagt, er schießt nicht. Doch der bevorstehende Entwurf eines neuen Sicherheitsgesetzes bügelt das aus. Dadurch wird inden Polizeigesetzen die rechtliche Möglichkeit geschaffen, diesen Todesschuß zu befehlen. Aber das Wort "Todesschuß" muß ich einschränken. Man muß schießen, um einen anderen kampfunfähig zu machen, und dabei darf man bewußt Tötung in Kauf nehmen...

(Der Münchner Polizeipräsident Schreiber in einem Interview mit der Illustrierten "Stern")

Weyer, Schmidt, Genscher, Schreiber und wie sie alle heißen. Kein Polizist, der einen Demonstranten verprügelt, Arbeiter schikaniert, der auf Familienväter und Söhne unseres Volkes schießt, darf in Ruhe seinen Dienst weiter versehen. Ein Mörder wie der Polizist Diehl, der den Lehrling Dobhardt erschossen hat, die Mörder von Jendrian und Routhier - sie sollen keine ruhige Minute mehr haben. Verjagt sie aus Euren Wohnvierteln! Kämpft mit für ihre Bestrafung! Wir sind der Polizei nicht hilflos ausgeliefert, denn wir verfügen über eine Waffe, die tausendmal schlagkräftiger ist als der Terror der herrschenden Klasse: Das sind die gerechten Ziele, für die wir kämpfen, das ist die Solidarität, die uns zum Sieg verhilft!

LETZTE NACHRICHT:

## Polizeimord in Mannheim

"Rocker von der Polizei erschossen" schrieb die Bildzeitung zu einem Vorfall in Mannheim am 17. Juli, bei dem der 23-jährige Jungarbeiter Hans-Jürgen R. durch einen Halschuß getötet, der 28-jährige Arbeiter Karl T. durch einen Bauch- und Leberschuß und der 32-jährige Lutz S. durch einen Oberschenkelchuß schwer verletzt wurden. Was war in Wirklichkeit vorgefallen? Gegen 22.30 führten drei zivile Polizeibeamte vor dem "Disco-Club 88" eine Ausweiskontrolle durch, ohne sich selbst als Polizeibeamte auszuweisen. Ein junger Mann, der sich deshalb als Opfer eines Überfalls glaubte rief um Hilfe. Daraufhin kamen aus dem Lokal 5-7 Gäste und nicht, wie die Bildzeitung schrieb, "40 bewaffnete Rocker". Einer der Polizeibeamten gab sofort Warnschüsse ab, ein anderer schoß auf die jugendlichen Lokalgäste. Dabei wurde Hans-Jürgen R. getötet, Karl T. und der zufällig aus seinem PKW steigende Lutz S schwer verletzt. Nach der Schießerei kam es zu weiteren Ausschreitungen der Polizei... (Presseerklärung der KPD)

#### Forts. von S. 1

für das Volk geben. Dann, im Sozialismus, wird es auch eine Justiz geben, in der die Proletariat die Führung innehaben. Diese Volksjustiz wird unerbittlich die Verbrechen der Kapitalisten und ihrer Handlanger aufdecken und streng bestrafen. Unzählige gemordete Klassenbrüder und Genossen werden dann gestühnt.

Wenn wir heute für die Bestrafung der Mörder des Genossen Routhier kämpfen, dann haben wir dieses Ziel, den Sozialismus, vor Augen. Deswegen können wir jedem Kollegen versichern, daß es sich zu kämpfen lohnt. Deswegen schreckt es uns auch nicht, daß wir von unserem Ziel, in Duisburg und im ganzen Land den Widerstand der Werktätigen gegen den Polizeiterror so schlagkräftig zu organisieren, daß der Staat Zugeständnisse machen und unsere Forderungen erfüllen muß, noch ziemlich weit entfernt sind. Weil in Duisburg das offene Flugblattverteilen auf der Straße wegen der Polizeimaßnahmen noch immer nur sehr beschränkt möglich ist, konzentrieren wir uns bisher auf die Hausagitation. An den Türen oder in der Wohnung erklären wir die Ziele des Untersuchungsausschusses und führen gleichzeitig Ermittlungen über die Vorfälle am Tag der Beerdigung durch.

Die überwiegende Mehrheit derer, mit denen wir sprachen, war mit uns einig in der Empörung über die Vorfälle. Aber so groß die Empörung auch ist, die Einschüchterung durch die Unterdrückungsmaßnahmen ist ebenfalls spürbar. Wir merkten das besonders daran, daß viele, die uns eigentlich zustimmten, noch nicht bereit waren, die Unterschriftenliste mit den Forderungen des Ausschusses zu unterzeichnen. Noch schwieriger war es, aktive Mitkämpfer für den

Ausschuß zu gewinnen. Ein Betriebsrat zum Beispiel war zwar ohne weiteres zum Unterschreiben bereit, erklärte aber, er könne nicht im Ausschuß mitarbeiten, weil er dann aus der SPD fliegen würde. Um die Einschüchterung zu überwinden, ist unser erstes Ziel, die Straße zurückzuerobern, die Polizei aus den Häusern zu verjagen. Wir durchbrechen deshalb alle Verbotsmaßnahmen, indem wir auf Wochenmärkten oder zur Hauptgeschäftszeit verteilen und gleichzeitig kleinere Kundgebungen öffentlich durchführen, bei denen wir in kurzen Reden den Mord am Genossen Routhier und die Beseitigung der Freiheitsrechte in Duisburg anprangern. Greift dann die Polizei ein, prügelt oder verhaftet sie willkürlich Kundgebungsteilnehmer, entreißt sie den Umstehenden bereits verteilte Flugblätter, dann unterstreicht sie eindrucksvoll unsere Argumente. Das Ergebnis ist regelmäßig, daß die Menschenansammlung sprunghaft wächst und sich stundenlange Diskussionstrauben bilden. Durch ihre brutalen Aktionen und Verhaftungen - auch öffentlich bekannter Menschen wie am 29. Juni die Verhaftung von Professor Sigrist - bringt sich die Polizei selbst in noch größere Schwierigkeiten, die wir ausnutzen, um die Kampfront zu erweitern. Es wird in Duisburg kein Schweigen über den Tod des Genossen Routhier geben, wie es die Polizei seit drei Wochen vergeblich zu erzwingen versucht!

Am 24. Juni will der Untersuchungsausschuß die Schuldigen öffentlich anklagen. Das Tribunal in Duisburg wird die Mörder daran erinnern, daß sie ihrer Strafe nicht entgehen werden. Und es wird dazu beitragen, in der Solidaritätsfront in Duisburg selbst und im ganzen Land einen weiteren Schritt voranzukommen. Solidarität hilft siegen!



Mit großem Erfolg setzte die Ortsgruppe Dortmund bei ihrer Arbeit eine selbstgefertigte Fotoausstellung zur Aufrüstung, Ausbildung und dem Terror der Polizei ein.

Impressum: Rote Hilfe, 46 Dortmund, Heroldstr. 50, Tel. 0231/813763 Mo-Fr 17-19  
Verantw. i. S. d. Presse: G. R. Pohl, 46 Dortmund, Heroldstr. 50



61 Jahre für antimperialistische Gesinnung!

# Die Terrorurteile müssen fallen!

Am 28. Juni verkündete das Moabiter Gericht im "Asdonk-Prozeß" das Urteil gegen die 6 Angeklagten: Insgesamt 61 Jahre! Die Angeklagten wurden von der Klassenjustiz beschuldigt, einer "kriminellen Vereinigung", der Roten Armee Fraktion, anzugehören.

## REINE GESINNUNGSJUSTIZ!

Die Terrorurteile wurden gefällt, obwohl das Gericht zugeben mußte, daß den Angeklagten die Beteiligung an den ihnen zur Last gelegten Banküberfällen nicht nachzuweisen sei. Der ganze Aufwand zur Beweisführung spielte für die Begründung des Urteils kaum noch oder gar keine Rolle mehr. Die Klassenjustiz ersparte sich durch die Anwendung des § 129 - Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung - die konkrete Indizienkonstruktion. Die geltende Strafprozeßordnung wurde außer Kraft gesetzt.

Das Terrorurteil macht deutlich: Nicht irgendwelche "kriminellen Taten" werden bestraft, sondern einzig und allein die antimperialistische Gesinnung der Angeklagten. Das Urteil soll jedem vor Augen halten: Wer sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung in diesem Gesellschaftssystem zur Wehr setzt, hat damit zu rechnen, von der Kapitalistenklasse bekämpft, von ihrer Polizei verfolgt, von ihrer Klassenjustiz erbarmungslos jahrelang im Gefängnis isoliert zu werden.

Die bürgerliche Presse und die Klassenjustiz haben das auch in diesem Prozeß deutlich gesagt: Sie beschimpften und beschimpfen die Angeklagten als "Kriminelle", als Menschen, die die Ruhe und Ordnung der kapitalistischen Produktionsweise zerstören wollen, als Menschen, die an die Stelle des kapitalistischen "Friedens" das Chaos setzen wollten. Mit diesen Beschimpfungen versucht die Bourgeoisie nur das reale, für jeden tagtäglich erfahrbare Chaos der kapitalistischen Ordnung zu vertuschen und darüber hinwegzuschwindeln, daß das Ziel der Angeklagten der Sozialismus ist.

Die 6 Angeklagten konnten durch die Heize des Staatsapparates und durch ihre von den Volksmassen gelösten Aktionen so weit isoliert werden, daß die Klassenjustiz ohne große Schwierigkeiten und Widerstände die Terrorurteile fällen konnte. Es gelang der SPD-Regierung auch weitgehend im Zuge der Fahndung nach der sog. Baader-Meinhoff-Gruppe die Aufrüstung der Polizei, die Aufstellung von Killertruppen und die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bürgerkriegsarmee durchzusetzen. Doch die Opfer, die die Bourgeoisie auf dem Gewissen hat, werden nicht vergessen. Die Zerschlagung von Streiks, der Einsatz von Tränengas über ganz Frankfurt, Polizeimorde in vielen Städten - das alles schafft keine Ruhe, sondern Unruhe.

In dem Maße wie die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und des Volkes zugenommen hat, richtet die Bourgeoisie ihre Klassenjustiz aus, um sich für die nächsten Kämpfe zu rüsten. Ihre Angst ist groß, der Aufwand riesenhaft. Steuergelder und Volksverhetzung sollen die Ausbeuterherrschaft sichern. Ein Meilenstein auf diesem Weg der Ausrichtung der Justiz anhand von sog. Terroristenprozessen ist der Asdonk-Prozeß:

INGRID SCHUBERT	13 Jahre
MONIKA BERBERICH	12 Jahre
BRIGITTE ASDONK	10 Jahre
ERIC GRUSDAT	10 Jahre
HANS-JÜRGEN BAECKER	9 Jahre
IRENE GOERGENS	7 Jahre

## DIE ANGEKLAGTEN WERDEN SCHON VOR PROZESSBEGINN VERURTEILT UND BESTRAFT

Die bürgerliche Presse übernimmt in ihrer Berichterstattung die Polizeiberichte, erklärt schon vor Beginn der Prozesse die Angeklagten für schuldig. Monate vor dem Urteil heißt es schon in einer BZ-Titelüberschrift: "Die beiden Bankräuber von Steglitz gefaßt". Die Angeklagten, die fast 4 Jahre in U-Haft - davon Teile in Isolationshaft - gehalten wurden, sollten schon vor dem Prozeß zum Sprechen gebracht, ihre Gesinnung, ihre Persönlichkeit gebrochen werden.

Wie bei Katharina Hammerschmidt auch hier: Verweigerung der medizinischen Behandlung. Wie bei Dieter Kunzelmann auch hier: Ausbau der U-Haft zur Ersatzstrafe durch Prozeßverschleppung und brutale Haftschikanen.

## DIE ZEUGEN WERDEN BEEINFLUSST UND GEKAUFT

Zeugen, die anfänglich nicht in der Lage waren, die Angeklagten zu identifizieren, wurden durch gezielte Presseveröffentlichungen mit Bildern der angeblichen "Täter" neu präpariert. Das störte den Richter nicht im geringsten, diese Zeugen als glaubwürdig zu erachten. Ein erwiesener Meineid des Verfassungsschützers Simons wurde nicht geahndet. Begründung: Er habe nur die Interessen des Staates schützen wollen! Auch wurde der in zahlreichen Prozessen als Polizeisprachrohr bekanntgewordene "Belastungszeuge" Ruhland wieder aufgeföhren - ein von der Polizei gekauftes Subjekt, das es nicht scheut, die irrsinnigsten Geschichten zu erfinden, auch wenn er sich in noch so große Widersprüche verwickelt.

## DIE VERTEIDIGUNG WIRD BEHINDERT

In diesem Prozeß hatten es die Angeklagten und die Verteidigung mit 75 (!) Ordnern Lügenmaterial der Staatsanwaltschaft zu tun. Regelmäßig wurde unter fadenscheinigen Begründungen die Verteidigerpost geöffnet oder beschlagnahmt. Um die Verteidigung in politischen Prozessen noch weiter einzuschränken, plant die SPD-Regierung ein Gesetz zum Ausschluß der Verteidigung, das alle jetzt schon praktizierten Behinderungen legalisieren soll. Der Verdacht der Zusammenarbeit der Verteidiger mit den Angeklagten allein soll ausreichen, sie von der Verteidigung auszuschließen. Politisch unliebsame Rechtsanwälte sollen auf diese Weise völlig ausgeschaltet werden.

Der Gerichtssaal wird zur Polizeifestung - das Gericht zum Spielball der Polizei - die Öffentlichkeit behindert

Vor Beginn des Asdonk-Prozesses wurde der Saal fast völlig umgebaut, die Fenster wurden zugemauert. Um die "Gefährlichkeit" der Angeklagten zu demonstrieren, wurden die Kisten mit Munition herbeigeschafft, nahmen Scharfschützen mit MP's und Zielfernrohren Stellung. Als die Anwälte am Prozeßbeginn den Antrag stellten, die Polizei aus dem Saal zu entfernen, wurde diesem Antrag anfänglich stattgegeben. Allerdings nur für kurze Zeit! Das Gericht wurde von der Polizei unter Druck gesetzt und die Waffenschau konnte wieder ungehindert stattfinden. Von diesem Zeitpunkt an faßte das Gericht in dieser Richtung keinen Beschluß mehr, ohne nicht vorher von der Polizei Anweisungen erhalten zu haben. Der Gerichtssaal wurde auch deshalb zur Polizeifestung mit Personalkontrolle, Leibesvisitation u. a. ausgebaut, um die Öffentlichkeit fernzuhalten und die Zuschauer einzuschüchtern.

Ein neues Gesetz "zum Schutze der Rechtspflege gegen extremistische Ausschreitungen", das vom Bundesrat beschlossen wurde, gibt allein dem Gerichtsvorsitzenden die Handhabe, sogenannte "Störer" aus dem Saal zu weisen und bis zu 24 Stunden Ordnungsstrafen zu verhängen. Zusätzlich soll der "Druck der Straße" durch die Festlegung von Bannmeilen um den Prozeßort von der Klassenjustiz ferngehalten werden. Auch im Asdonk-Prozeß, als die Zuschauer den Ausführungen des Verteidigers während der Plädoyers Beifall spendeten, drohte der Vorsitzende mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit. Am nächsten Tag griff sich der Vorsitzende den Zuhörer Prof. Bauer heraus und verurteilte ihn zu 300.- DM Geldstrafe.

## IM NAMEN DES VOLKES

Ob im Prozeß gegen die 6 Angeklagten oder in Arbeitsgerichtsprozessen, überall verkündet die herrschende Klasse Urteile "Im Namen des Volkes". Die Kollegen, die in Mietprozessen, Arbeitsgerichtsprozessen usw. bereits eigene Erfahrungen mit der Klassenjustiz gemacht haben, wissen, daß diese Rechtsprechung die der Kapitalistenklasse ist.

Das Recht wird erst wirklich im Namen des Volkes gesprochen werden können, wenn die Arbeiterklasse die Macht im Staat ergriffen hat und den Sozialismus ausbaut. Denn dies ist die einzige Alternative, um den Verbrechen der Kapitalistenklasse und ihren Unterdrückungsorganen wie der bürgerlichen Klassenjustiz ein Ende zu bereiten.

Der Einzelne ist gegenüber den Macht- und Gewaltmitteln der Bourgeoisie machtlos. Nur der Zusammenschuß der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen Entrechtung und Terror, die scharfe Waffe der Solidarität, können verhindern, daß einzelne Kämpfer für Jahre von der Klassenjustiz eingekerkert werden.

Die Terrorurteile müssen fallen!

## U-Haft als Ersatzstrafe



# Kunzel muß raus!

4 Jahre sitzt Dieter Kunzelmann schon in den westberliner Gefängnissen Tegel und Moabit. Bis zum 19. Juli 1970 hat der Genosse Kunzelmann auf der Straße in den Reihen der antimperialistischen Bewegung gestanden. Insbesondere die Unterstützung des Kampfes des vietnamesischen Volkes war und ist ein brennendes Anliegen von ihm. Es ist schwierig, das infame Vorgehen der Klassenjustiz nachzuvollziehen: Bis zu seinem Freispruch vom Vorwurf des versuchten Mordes hat Dieter Kunzelmann beinahe drei Jahre in U-Haft gesessen. Lediglich 4 Monate von dieser Zeit entfallen auf eine Verurteilung für die Benutzung eines verfälschten Reisepasses. Nach dem Freispruch wurde der Genosse nicht etwa freigelassen, sondern die Staatsanwaltschaft bastelte weitere Anklagen, er wurde weiter in Haft gehalten. Am 25. Oktober 1973 wurde Dieter Kunzelmann wegen einer angeblichen Brandstiftung und Sachbeschädigung im Jahre 1970 am Haus des damaligen Springer-Redakteurs Kogge zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der offiziellen "Euchführung" der Klassenjustiz hat Dieter Kunzelmann von dieser Strafe erst 13 Monate verbüßt und soll deshalb weiter eingesperrt werden. Seine Anwälte in ihrem Antrag auf Straferlaß an den Senator für Justiz in Westberlin: "So ist die absurde Situation entstanden, daß er mehr als 2 1/2 Jahre in Berlin unschuldig in Haft gehalten wurde und für 1 Jahr und 10 Monate Haftentschädigung (10 DM pro Tag) zugesprochen bekommen hat. Und daß er gleichwohl noch mehr als 7 Monate Freiheitsstrafe zu verbüßen hat."

In der Tat: Die Inhaftierung Dieter Kunzelmanns, dieses verbrecherische Gangstertück der Klassenjustiz und der westberliner Staatsanwaltschaft kann man nur begreifen, wenn man weiß, daß die Klassenjustiz hier eine neue Unterdrückungsmethode ausbauen will: Die U-Haft soll Ersatzstrafe werden! Antimperialisten wie Dieter Kunzelmann sollen unter fadenscheinigen Vorwänden jahrelang im Gefängnis festgehalten werden. Die Klassenjustiz weiß: Menschen wie Dieter Kunzelmann sind ihre Todfeinde, weil sie an der Spitze der Volkskämpfe den imperialistischen Unterdrückungsapparat bekämpfen. Machen wir deshalb den Fall des Genossen Kunzelmann zum Beispiel dafür, daß wir die Einführung von Vorbeugehaft nicht zulassen, daß wir die gefangenen Antimperialisten herausholen, damit sie weit wirksamer als sie es im Gefängnis schon tun, die Ausbeuterherrschaft bekämpfen können!

Alle fortschrittlichen Menschen in Westberlin fordern wir auf: Kämpft mit in dem Komitee "Freiheit für Dieter Kunzelmann"! Für alle gilt:

Unterstützt den Antrag auf Straferlaß für Dieter Kunzelmann!

**Schreibt an** Senator für Justiz, 1 Berlin 62, Salzburgerstr. 21  
Fordert die sofortige Freilassung von Dieter Kunzelmann!!!!!!!

## Klassenjustiz:

Der Bundesgerichtshof konnte nicht umhin, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Euthanasie-Arzt Dr. Kurt Borm "an der Tötung von mindestens 6652 Geisteskranken beteiligt" war. Doch Borm wurde wegen mangelnden Unrechtsbewußtseins freigesprochen! Er habe - so meint der BGH - die systematische Massentötung von Geisteskranken nicht als verboten erkennen müssen. "Der Mediziner, so unterstellten die Richter im Ernst, habe die tausendfache Krankenvergasung für einen Akt der Barmherzigkeit gehalten." (Spiegel v. 24. 6.)

1933: Der Kommunist Fietsch Schulze soll liquidiert werden. Als SA-Leute erschossen werden, führt die Polizei Fietsch Schulze dem Gericht vor. "Der Spiegel" schreibt dazu am 10. 6.: Fietsch Schulze hatte, so stellte sich selbst für die Gestapo heraus, nicht geschossen, ... 'Aber seine Reden', so fand der Staatsanwalt, 'sind gefährlicher als Kugeln'. Der Strafsenat beim Hamburgischen Oberlandesgericht entschied 1935: 'Der Angeklagte Schulze wird wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit vollendetem Mord in 3 Fällen zum Tode verurteilt'. Das Mordurteil erging wegen Anstiftung. Das Gericht sah in Fietsch Schulze einen 'gemeingefährlichen Verbrecher

und Volksfeind', dessen Handlungsweise 'Gemeinheit der Gesinnung' und Hemmungslosigkeit der politischen Instinkte' offenbare - ein Urteil, das draußen, jenseits der Reichsgrenzen wie schierer Terror anmutete. Erlauchte Geister in aller Welt protestierten, Heinrich Mann, Albert Einstein, Bertrand Russell, Maxim Gorki, Upton Sinclair. Am 6. Juni 1935 starb Fietsch Schulze unter dem Handbeil." 1974: Der Bundesgerichtshof entscheidet, daß die "National-Zeitung" - ein Faschistenblatt - Fietsch Schulze als "Mörder" bezeichnen darf.

Zwei Beispiele von vielen. Die Überzeugung der NS-Massenmörder dient dem Bundesgerichtshof dazu, ihren Freispruch zu konstruieren. Es bleibt ungestraft, wenn die Faschisten von heute sich in die Fußstapfen der Justizhenker von 1935 stellen.

Der Rückendeckung der Faschisten durch den BGH stehen gegenüber: Insgesamt über 100 Jahre Gefängnisstrafen für Menschen mit kommunistischer und antimperialistischer Gesinnung. Keiner dieser Kämpfer hatte ein Verbrechen begangen! Im Kampf für den Sozialismus wurden sie vor Gericht gezerzt: Bei ihnen war die Gesinnung der alleinige Grund für unglaubliche, terroristische, verbrecherische Urteile! Das ist Klassenjustiz.

# Rückendeckung für Faschisten

## „Vergasung nicht grausam“

Kieler Schwurgericht sprach früheren Feldpolizeichef frei

Von unserer Korrespondentin Lore Lorenzen

KIEL, 17. Juni. Im „Magilew-Prozess“ hat ein Kieler Schwurgericht den Kriminalhauptkommissar im Ruhestand, Gerhard Riedel (60), von der Anklage freigesprochen, im letzten Krieg sieben russische Zivilisten in einem Gaswagen „grausam und heimtückisch“ ermordet zu haben. Nach Auffassung des Schwurgerichts unter Richter Hans-Jürgen Hartwig handelte Riedel weder grausam noch heimtückisch, als er russische Partisanen mit Auspuffgasen in einem Gaswagen umbringen ließ.

Das Urteil stützt sich vor allem auf ein Gutachten von Professor Emanuel Steigleder, der die Auffassung vertrat, daß bei der Einschließung in den Gaswagen die Bewußtlosigkeit 60 bis 90 Sekunden nach Einleitung der Auspuff-

gase eingetreten sei. Dem seien Schwindelgefühle, Unwohlsein und leichte Krämpfe vorausgegangen. Das allein reiche jedoch für die Annahme von Grausamkeiten nicht aus.

Richter Hartwig meinte in der Urteilsbegründung ferner, die umgebrachten Partisanen seien auch nicht arglos gewesen, sondern hätten von der Existenz des Gaswagens gewußt. Die Handlungsweise von Riedel, dem die Anklage zunächst vorgeworfen hatte, 1943 und 1944 in Weißrußland als Führer der Einheit 570 der Geheimen Feldpolizei die Tötungen begangen zu haben, „kann nicht mit nationalsozialistischen Gewaltverbrechen“ verglichen werden. Die Geheime Feldpolizei habe auch die Aufgabe gehabt, Exekutionen zum Tode verurteilter Partisanen vorzunehmen, nicht aber selbst Todesurteile zu fällen.

## Beate Klarsfeld zu zwei Monaten Haft

Wegen versuchter Entführung des ehemaligen Gestapo-Chefs von Paris / Stra

KÖLN, 9. Juli (dpa). Wegen Nötigung und gefährlicher Körperverletzung verurteilte die Erste Große Strafkammer des Kölner Landgerichts am Dienstag die Deutsch-Französin Beate Klarsfeld zu zwei Monaten Freiheitsstrafe. Die heute 35jährige Frau hatte im März 1971 gemeinsam mit einigen Freunden in Köln versucht, den ehemaligen Gestapo-Chef von Paris, Kurt Lischka, auf offener Straße zu entführen und nach Frankreich zu bringen. Der selbst nach Meinung der Anklage „dilettantische Versuch“ war jedoch gescheitert.

Beate Klarsfeld hatte nach eigenen Angaben mit ihrer spektakulären Aktion darauf hinweisen wollen, daß in Deutschland Kriegsverbrecher noch immer auf freiem Fuß sind.

Lischka war 1950 in Abwesenheit von der französischen Justiz zu lebenslanger Haft wegen seiner maßgeblichen Beteiligung an der Deportation von rund 100 000 Juden verurteilt worden.

Beate Klarsfeld, die 1968 beim CDU-Parteitag mit ihrer „Kiesinger-Ohrfeige“ erstmals politisch Aufsehen erregte, wollte mit ihren „Aktionen“ nach eigenen Angaben den Bundestag dazu bringen, endlich das bereits 1971 ge-

schlossene Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Überleitungsvertrag zu ratifizieren. Das Abkommen würde, falls es rechtskräftig wäre, ermöglichen, daß bereits in Frankreich verurteilte deutsche Kriegsverbrecher in der Bundesrepublik erneut vor Gericht gestellt werden könnten.

## Himmler-Gehilfe geht frei aus

Verfahren wegen Juden-Verschleppung vorläufig eingestellt

Von unserem Korrespondenten Hartwig Suhrbier

ESSEN, 11. Juli. Das seit sieben Jahren schwebende und bereits dreimal vertagte Strafverfahren gegen den ehemaligen Legationsrat im Auswärtigen Amt, Horst Wagner (68), dem die Anklage Beihilfe zum Mord in 365 624 Fällen vorwirft, ist von der Zweiten Großen Strafkammer des Landgerichts vorläufig eingestellt worden. Der Haftbefehl bleibt nach dem erst jetzt bekanntgewordenen Beschluß vom 1. Juli bestehen; gegen eine Kaution von 80 000 Mark wurde er jedoch außer Vollzug gesetzt und die bislang bestehende Meldepflicht aufgehoben.

Wegen eines schmerzhaften Hüftgelenkleidens hatte der Hamburger Professor Buchholz Wagner für verhandlungsunfähig erklärt. Die notwendige Hüftgelenkoperation kann nach Meinung des Leiters der Bonner Orthopädischen Universitätsklinik, Rössler, jedoch wegen zu großer Infektionsgefahr auf Grund anderer, bereits operierter Leiden nicht durchgeführt werden. Damit dürfte eines der großen noch ausstehen-

den Verfahren gegen NS-Schreibtischtäter kaum noch eine Chance haben, durchgeführt zu werden.

Wagner, der als Verbindungsmann zwischen Außenminister Ribbentrop und Himmler eingesetzt war, soll vor allem für die Deportation Hunderttausender ungarischer Juden verantwortlich sein. Im August 1948 aus einem alliierten Internierungslager nach Italien und Südamerika entflohen, kehrte Wagner 1956 in die Bundesrepublik freiwillig zurück.

Der erste Prozeß gegen ihn im Jahre 1968 platzte, weil sein langjähriger Anwalt, der FDP-Bundestagsabgeordnete Ernst Achenbach, kurz vor Prozeßbeginn sein Mandat niederlegte. Das Verfahren vom Sommer 1972 mußte bereits nach wenigen Stunden abgebrochen werden, da Wagner sich wegen seines Hüftleidens verhandlungsunfähig fühlte. Das Gericht hatte daraufhin eine ärztliche Untersuchung angeordnet.

## Juristische Reinwaschung

Unter dem Eindruck der Aktionen französischer Widerstandskämpfer in Köln gegen den verurteilten, aber unbeteiligt in der Bundesrepublik lebenden ehemaligen Gestapo-Chef von Paris, Lischka, wird in der empörten internationalen Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß solche Fälle typisch für das Verhalten der westdeutschen Justiz gegenüber Nazi-Kriegsverbrechern sind:

In 22 Prozessen, die im vergangenen Jahr abgeschlossen wurden, sind 14 Freisprüche, drei Verfahrensaussetzungen und vier Schuldsprüche ohne Strafzumessung erfolgt.

Im Jahre 1972 sah die juristische Reinwaschung von Nazi-Verbrechern folgendermaßen aus: Bei Ermittlungs- und Strafverfahren gegen 2220 Täter wurden die Verfahren gegen 2101 Personen bereits von der Staatsanwaltschaft eingestellt. 101 Verfahren wurden mit Strafreihel beendet und nur 18 Personen verurteilt.

Die „Süddeutsche Zeitung“ mußte dazu feststellen, daß von den Richtern am Hilterschen Volksgerichtshof und an den Sondergerichten bisher kein einziger in der BRD zur Rechenschaft gezogen wurde.

# FREIHEIT FÜR CHRISTOS BISTIS U. PETROS STANGOS

Im November 1973 wurde die faschistische Militärdiktatur in Griechenland zum ersten mal erschüttert. Studenten hatten das Polytechnikum in Athen besetzt und dadurch einen Aufstand ausgelöst, der unter den Forderungen "USA - raus aus Griechenland! Nieder mit der faschistischen Militärdiktatur! Iakratia - Volksherrschaft!" stand. In dieser Bewegung traten die jungen Organisationen EKKE (Revolutionäre kommunistische Bewegung Griechenlands) und ihr Studentenverband AASPE zum erstenmal führend hervor.

Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen, in den Wochen und Monaten darauf wurden Tausende von Kämpfern eingekerkert und in KZs deportiert. Ende März holte die faschistische Junta zu einem neuen Schlag aus: 36 Antifaschisten wurden verhaftet darunter mehrere Angehörige der EKKE und AASPE unter ihnen auch PETROS STANGOS und CHRISTOS BISTIS.

Christos und Petros haben lange Zeit in der Bundesrepublik und in West-Berlin studiert. Sie traten in der antiimperialistischen Studentenbewegung führend hervor und sind vielen fortschrittlichen Intellektuellen bekannt.

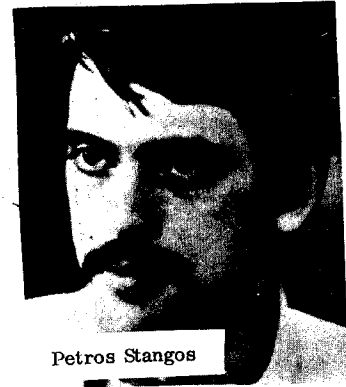
## DIE PROTESTBEWEGUNG ZUR RETTUNG DES LEBENS DER VERHAFTETEN

Zunächst verschwiegen die Faschisten die Zahl und die Namen der Verhafteten. In aller Heimlichkeit wollten sie die Genossen foltern zu Aussagen erpressen und unter Umständen auch umbringen. Doch die EKKE die Angehörigen der Verhafteten und fortschrittliche Organisationen und Menschen in der BRD und in anderen europäischen Ländern setzten alle Hebel in Bewegung um die Bevölkerung zu alarmieren und eine Bewegung für die Freilassung der Verhafteten zu schaffen. Dazu wurden Protestdemonstrationen gemacht, viele Tausende unterschrieben eine Protesterklärung. Es wurde erreicht dass griechisch-sprachige Sender im Ausland die Verhaftungen bekanntmachten. Zahlreiche Tageszeitungen insbesondere in Italien berichteten darüber. Die bundesdeutsche Presse allerdings schwieg beharrlich darüber. Die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" mit dem Sitz in Paris sandte den Rechtsanwalt Alain Martinet nach Athen. Er sollte über den Verbleib der Verhafteten Nachforschungen anstellen.

In West-Berlin wurde ein Solidaritätskomitee gegründet in dem die EKKE die in Deutschland lebende Mutter von Christos die KPD die Liga gegen den Imperialismus und die Rote Hilfe mitarbeitete. Das Komitee wird von bekannten Persönlichkeiten wie den Professoren Gollwitzer und Flechtheim unterstützt. Die zähe Arbeit der Angehörigen und der Organisationen und Menschen die sich für die Rettung des Lebens der Verhafteten einsetzen hat erreicht dass die Junta am 3. Mai die Zahl und die Namen der im März Verhafteten bekanntgeben mussten. Gleichzeitig wurde den Eltern der Verhafteten die Besuchserlaubnis erteilt. Damit hat die Solidaritätsbewegung ihr erstes Ziel erreicht: die Bekanntgabe der Namen bedeutet dass die Genossen noch am Leben sind dass sie nicht heimlich ermordet werden konnten.



Christos Bistis



Petros Stangos

## ABER DIE GENOSSEN SIND NOCH IMMER IN LEBENSGEFAHR!

Nach Informationen, die wir durch die Verwandten der Genossen bekommen haben, ist Christos besonders in letzter Zeit grausam gefoltert worden. Er wurde nicht nur mit Elektroschocks behandelt, sondern auch mit der sogenannten Falange, einer Folter, bei der der Gefangene auf eine Pritsche gebunden wird und dann seine Fußsohlen mit Eisenstangen bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen werden, und das mehrere Male hintereinander. Dem Vater von Christos wurden die Schuhe seines Sohnes gegeben, er sollte neue bringen; die alten Schuhe waren mit Blut verschmiert. Als sein Vater ihn einmal besuchte, traf er ihn in einem unmenschlichen Zustand an. Er war mit Handschellen gefesselt und total abgemagert, so daß sein Vater ihn fast nicht wiedererkannte und anfang, die Folterknechte zu beschimpfen, sie Mörder nannte und ihnen sagte, sie hätten für alles zu büßen, was sie jetzt anrichten. Als die Wächter weggingen, sagte Christos selbst, daß er in den letzten Tagen unmenschlich gefoltert worden sei. Er ist inzwischen in ein anderes Gefängnis gebracht worden, wo ihn die berüchtigte Militärpolizei oft besucht.

Von Petros wissen wir, daß der Genosse mit Handschuhen gesehen worden, d.h. daß ihm die Nägel ausgerissen wurden; bekannt ist uns auch, daß er schon zur wiederholten Mal ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Trotz alledem ist die Moral hoch, keiner von ihnen hat bisher gesprochen, bei jedem Besuch bestellen sie einen Gruß an uns alle.



KZ-Insel Jaros

(aus einem Interview mit der EKKE)

## DEN PROTEST UNÜBERSEHBAR MACHEN!

Wir dürfen nicht glauben dass die Faschisten ihre politischen Gefangenen freiwillig herausgeben um die Genossen zu retten müssen noch weit grössere Anstrengungen unternommen werden. Nur ein unübersehbarer Protest kann ihre Lage verbessern! Anfang Juli wurde auch in Dortmund ein Solidaritätskomitee gegründet. Die Institute für Publizistik und Theaterwissenschaft an der Freien Universität in West-Berlin haben Lehraufträge für ihre ehemaligen Studenten Christos und Petros beantragt. Das Präsidialamt

der Universität wird von den fortschrittlichen Studenten unter Druck gesetzt damit diese Lehraufträge tatsächlich erteilt werden und die Universität offiziell bei der Junta interveniert. Am 12.7. fanden in mehreren Städten in der BRD wieder Protestkundgebungen statt.

## DIE AUFGABEN DER ROTEN HILFE

Für die Rote Hilfe kommt es darauf an über die Mitarbeit im Solidaritätskomitee hinaus materielle Unterstützung der griechischen Antifaschisten und ihrer Familien zu organisieren z.B. über die Form der Patenschaften: einzeln Ortsgruppen stellen den Kontakt zu Familienorganisation des Genossen her sammeln Geld und schreiben Briefe.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist es fortschrittliche Rechtsanwälte zu gewinnen die wie Marat nach Griechenland fahren und Zugang zu Gefangenen und Gefängnissen fordern. Dies ist umso wichtiger wenn die Junta die Genossen vor ein Gericht stellt um sie abzuurteilen. Mit dieser Unterstützung helfen wir dem griechischen Volk in seinem Kampf für den Sozialismus der nicht nur ein Ende der Ausbeutung bedeutet sondern auch ein Ende der politischen Unterdrückung des Volkes.



Studenten-Verhaftung 1973 in Athen

FREIHEIT FÜR CHRISTOS BISTIS, PETROS STANGOS UND ALLE INHAFTIERTEN GRIECHISCHEN ANTIFASCHISTEN!

Das Berliner Komitee hat bisher zwei Informationsbroschüren veröffentlicht. In ihnen sind Dokumente der EKKE, die Briefe der Angehörigen usw. enthalten. Die Broschüren sind zu bestellen beim Landesvorstand der Roten Hilfe in West-Berlin (1000 Berlin 65, Togostrasse 78)

Prof. Goltwitzer schreibt für die Gefangenen in Griechenland

Unter den zuletzt Verhafteten befindet sich eine größere Anzahl von Mitgliedern und Anhängern der "Revolutionären Kommunistischen Bewegung Griechenlands" (EKKE). Was gehen diese Kommunisten diejenigen unter uns an, die wie der Schreiber dieser Zeilen - nicht zu ihnen gehören und mit ihren Ansichten nicht übereinstimmen? Auch in der jetzigen Zeit gab es oppositionelle Gruppen, sowohl in Deutschland wie auch in der Emigration, die sich nur für ihre eigenen Mitglieder und Anhänger verantwortlich wußten; es gab Bürgerliche, die nur für Bürgerliche, Sozialdemokraten, die nur für Sozialdemokraten, Kommunisten, die nur für Kommunisten, die sich in der Gewalt Hitlers und seiner Schergen befanden, eintraten. Es gab zum Glück auch andere, die diese Engergigkeit aus humanen wie aus politischen Gründen verwarfen und nach der Parole handelten: Jedes Opfer Hitlers ist unser Bruder. Dies scheint mir heute ebenso die einzig richtige Parole zu sein wie damals. Jene Engergigkeit ist unmenschlich, borniert, sie fördert die Selbstzerfleischung der Opposition und stärkt die faschistische Macht. Deshalb muß jeder der die Befreiung des griechischen Volkes aus seiner jetzigen Knechtschaft wünscht und den Opfern der jetzigen Machthaber helfen will, unterschiedslos für jeden eintreten, der sich in den Gefängnissen und KZs der Junta befindet.

Dabei sollte jeder in unserem Land, der den Kommunismus wegen abschreckender Züge, die er an den Staaten der östlichen Welt feststellt, ablehnt, sich darüber klar sein, daß der Kommunismus und seine verschiedenen Gruppen in anderen Ländern nicht im Widerspruch zu dem Freiheitsverlangen derer steht, sondern eine gewichtige Rolle in deren Freiheitsbestrebungen spielt. Das gilt nicht nur für Lateinamerika und Ostasien, es gilt ebenso für Griechenland, Spanien und Portugal. Wer die in solchen Ländern von den Machthabern inhaftierten und gefolterten Kommunisten von seiner Solidarität ausschließt, der stellt sich damit in Gegensatz zu den Freiheitsbestrebungen dieser Völker.

Holmut Goltwitzer

Maria Bistis schreibt an die fortschrittliche internationale öffentliche Meinung und an alle internationalen Organisationen für die Verteidigung der Menschenrechte

(Hier: Auszüge aus ihrer Erklärung)

Mein Sohn steht seit Jahren in den Reihen der Kämpfer des griechischen Volkes. Während seines gerechten Kampfes für die Befreiung unserer Heimat vom faschistischen Joch, das mit einem Fuß und mit der Unterstützung des amerikanischen Imperialismus unserem Land gewaltsam aufgedrungen worden ist, fiel er jetzt in die Hände seiner Folterter. Ich habe schreckliche Angst um das Leben meines Sohnes; ich weiß nicht einmal ob er noch lebt. Es ist beklagenswert, welchen unmenschlichen Foltern die Kämpfer durch die faschistische Junta in der Phase der sogenannten Verhöre ausgesetzt werden. Damit versucht sie ihren Widerstand zu brechen, sie zum Sprechen zu zwingen und ihre politischen Gegner zu liquidieren, vor allem diejenigen, die ihr Leben ohne Kompromisse und bis zum Ende dem Dienst des Volkes gewidmet haben. In den Novemberereignissen von Athen verzögerte die Junta nicht, mit ihren Kanonen die Körper der Jungen vor den Augen der Mütter und Väter die sich mit ihrem gerechten Kampf solidarisierten, zu zerquetschen. In dem Maße, wie sich mein Glaube für die Rettung meines Sohnes, sowie auch der anderen Geiseln des Faschismus fest auf den Kampf unseres Volkes und den Kampf der Völker der ganzen Welt stützt, in dem gleichen Maße betrachte ich die Solidarität als bedeutungsvoll, die von den fortschrittlichen Menschen und Organisationen bekundet wird, die für die Verteidigung der Menschenrechte eintreten. Sie müssen mit allen Mitteln in unsern Anwesenheit gegen die Welle der Gewalt und des Terrors des US-hörigen tyrannischen Regimes, das unser Volk unterdrückt, manifestieren, damit es nicht mehr ungestört sein mörderisches Werk weiterführen kann und damit ihm die Mäßigkeit entzogen wird, hinter einer Schweigemauer weitere Morde zu begehen. Der Schmerz um meinen Sohn, um die Söhne der ganzen Welt, um unser Volk, das mit unzähligen Opfern für seine Freiheit kämpft, treibt mich an, mich an jeden fortschrittlichen Menschen, an jeden Vater und an jede Mutter zu wenden. Jede Minute ist wertvoll, damit keine erneuten Morde stattfinden! Jede Handlung der Solidarität ist bedeutungsvoll für die Rettung der Inhaftierten!

# Verhindern wir den Foltermord!

## Beteiligt Euch an den Demonstrationen!

## Die Lage des griechischen Volkes...

Griechenland steht heute völlig unter der Herrschaft des amerikanischen Kapitals, das den größten Teil seiner Industrie kontrolliert. Um die ungehemmte Ausbeutung zu garantieren, wird das Volk von der US-hörigen Militärunta brutal unterdrückt und aller demokratischen Rechte beraubt. Die wirtschaftliche Lage für das Volk ist katastrophal: So beträgt die Inflationsrate z. Zt. 33%, wobei die Preissteigerungen 2,5 mal so hoch sind wie die Zuwachsrate bei den Löhnen. Viele Werktätige sind mit Arbeitslosigkeit bedroht, so in jüngster Zeit z. B. durch die Massnahmen zur Einschränkung der Bauftätigkeit; Kleinhändler werden durch den Zustrom ausländischen Kapitals - z. B. über den Aufbau von Supermärkten - ihrer Existenz beraubt. Die Kleinbauern verelenden mehr und mehr und müssen sich zum grossen Teil im Ausland Arbeit suchen. In den letzten Jahren haben die BRD-Kapitalisten grösseren Einfluss auf die griechische Politik und Wirtschaft gewonnen. Trotz aller offiziellen Distanzierungen arbeitet die SPD-Regierung mit den griechischen Faschisten im Nato-pakt, über Waffenlieferungen, Ausbildung von Polizei und Soldaten zusammen.

Häftlings-Zeichnung vom KZ Makronisos



eindeutig ab von den zwei bestehenden Fraktionen der alten Kommunistischen Partei Griechenlands, die beide einen Weg der friedlichen Überwindung des Faschismus eingeschlagen haben und hauptsächlich darauf ausgerichtet sind, Bündnisse mit Teilen der Bourgeoisie gegen die Junta zu schliessen.

## und die revolutionäre kommunistische Bewegung (EKKE)

Gegen das faschistische Joch entstand eine breite Volksbewegung, die sich bisher am deutlichsten im Volksaufstand im November gezeigt hat. In diese Bewegung greift die EKKE und ihr Studentenverband AASPE zuneinnehmend führend ein. Deshalb richtet sich die Wut der Faschisten in letzter Zeit gegen die EKKE, um eine Verbindung der jungen kommunistischen Organisation mit dem Volkswiderstand zu zerstören. Trotz der blutigen Unterdrückung des Volksaufstandes und den nachfolgenden Verhaftungswellen ist dies der Junta nicht gelungen. Es ist das Ziel der EKKE, die revolutionäre kommunistische Partei Griechenlands aufzubauen. Sie hält dabei an den geschichtlichen Erfahrungen fest, dass der Faschismus nur mit der Gewalt des Volkes beseitigt werden kann, durch die sozialistische Revolution in Griechenland, die die Laokratia, die Volksherrschaft bringt. Damit setzt sich die EKKE

### FREIHEIT FÜR GÜNTHER WALLRAFF!

Im Mai dieses Jahres fuhr der fortschrittliche Schriftsteller Wallraff mit der Delegation eines "Initiativausschusses Griechenland-Solidarität" nach Athen. Bei dieser Gelegenheit prangerte Wallraff durch eine Flugblattaktion in Athen den faschistischen Terror an. Er forderte freie Wahlen, Aufhebung der Pressensensur, Freiheit für alle politischen Gefangenen. Die Reaktion der Faschisten: Wallraff wurde brutal zusammengeschlagen und in ein Gefängnis gesteckt. Ein Militärgericht verurteilte ihn zu 14 Monaten Gefängnis. In seiner Verteidigungsrede vor Gericht klagt er die faschistische Diktatur an. Er beschreibt die Situation der politischen Gefangenen: "... Inzwischen weiss ich durch Augenzeugenberichte, dass allein in Athen und Piräus mehr als 200 inhaftiert sind; auf der KZ-Insel Jaros allein .. 68 Deportierte. Insgesamt dürfte die Dunkelzahl an die 1000 heranreichen, ganz zu schweigen von den 1500 Studenten, die sich seit der Niederschlagung des Studentenaufstandes im November... versteckt halten müssen. Ich habe mit politischen Gefangenen sprechen können, die der bei Ihnen obligatorischen Folter unterworfen wurden, Elektroschock - Folter, tagelanger Schlafentzug, halbtot geprügelt, um Geständnisse aus ihnen herauszupressen. Hier im Gefängnis sitzen Gefangene langjährige Haftstrafen ab für "Vergehen", die sie nicht begangen haben, weil sie der Folter nicht mehr gewachsen waren und das eingestanden, was man von ihnen hören wollte..."

